



**PGNiG Supply & Trading GmbH  
München**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und  
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019**



# **PGNiG Supply & Trading GmbH München**

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 und  
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019**

## **BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS**

An die PGNiG Supply & Trading GmbH, München

### **Prüfungsurteile**

Wir haben den Jahresabschluss der PGNiG Supply & Trading GmbH – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der PGNiG Supply & Trading GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen han-

delsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

## **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunfts-

orientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

## **SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN**

### **Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG**

Wir haben die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse wurden die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen sind, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 in allen wesentlichen Belangen erfüllt.

### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung nach § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG“ sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile hierzu zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie zur Einhaltung dieser Pflichten als notwendig erachtet haben.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt wurden sowie einen Vermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet. Die Prüfung umfasst die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

München, den 5. Juni 2020

Baker Tilly GmbH & Co. KG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
(Düsseldorf)



Hund  
Wirtschaftsprüfer



Biersack  
Wirtschaftsprüfer



PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Bilanz zum 31. Dezember 2019

AKTIVA			PASSIVA		
	EUR	Vorjahr EUR		EUR	Vorjahr EUR
<b>A. ANLAGEVERMÖGEN</b>			<b>A. EIGENTKAPITAL</b>		
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>			<b>I. Gezeichnetes Kapital</b>	10.000.000,00	10.000.000,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	68.221,00	35.004,00	<b>II. Währungsumrechnungsrücklage</b>	39.408,57	5.657,02
2. geleistete Anzahlungen	969.261,91	584.582,47	<b>III. Bilanzverlust</b>	-2.706.957,09	-3.130.828,44
	1.037.482,91	619.586,47		7.332.451,48	6.874.828,58
<b>II. SACHANLAGEN</b>			<b>B. RÜCKSTELLUNGEN</b>		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	281.511,84	254.541,27	1. Steuerrückstellungen	28.970,39	53.548,58
			2. sonstige Rückstellungen	12.916.463,16	1.836.446,02
<b>III. Finanzanlagen</b>				12.945.433,55	1.889.994,60
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000.000,00	1.000.000,00	<b>C. VERBINDLICHKEITEN</b>		
	2.318.994,75	1.874.127,74	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	33.413.682,07	38.769.557,98
			2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	27.677.628,63	115.794.572,25
<b>B. UMLAUFVERMÖGEN</b>			3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	78.376.805,62	26.080.106,78
<b>I. Vorräte</b>			4. sonstige Verbindlichkeiten	4.897.879,47	3.596.104,08
Erdgasvorräte	13.189.136,05	13.208.803,75	davon aus Steuern EUR 0 (Vorjahr: TEUR 384)		
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>				144.365.995,79	184.240.341,09
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.289.690,92	17.814.546,30	<b>D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	1.188.353,24	12.749.174,04
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	47.318.963,00	135.850.496,98	<b>E. PASSIVE LATENTE STEUERN</b>	6.931,03	0,00
3. sonstige Vermögensgegenstände	16.809.954,64	24.034.122,87			
davon aus Steuern EUR 460.394,09 (Vorjahr: TEUR 0)	103.418.608,56	177.699.166,15			
<b>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>	38.627.611,46	9.159.972,05			
	155.235.356,07	200.067.941,95			
<b>C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN</b>	6.817.633,85	2.157.293,26			
<b>D. AKTIVE LATENTE STEUERN</b>	1.467.180,42	1.654.975,36			
	165.839.165,09	205.754.338,31		165.839.165,09	205.754.338,31

PGNiG Supply & Trading GmbH, München

Gewinn- und Verlustrechnung  
für das Geschäftsjahr 2019

	EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse	1.640.270.605,01	1.487.889.683,49
2. sonstige betriebliche Erträge davon aus Währungsumrechnung: EUR 244.949,50 (Vorjahr: EUR 103.752,75)	575.743,92	327.890,79
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.591.034.827,23	-1.476.499.813,26
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-29.492.732,66	-2.967.599,74
	-1.620.527.559,89	-1.479.467.413,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-3.926.315,86	-3.763.142,33
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung davon für Altersversorgung: EUR 306,51 (Vorjahr: EUR 182,16)	-598.760,50	-513.185,75
	-4.525.076,36	-4.276.328,08
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-142.145,83	-105.505,14
6. sonstige betriebliche Aufwendungen davon aus Währungsumrechnung: EUR 345.805,75 (Vorjahr: EUR 166.845,90)	-10.367.076,67	-4.308.888,42
	5.284.490,18	59.439,64
7. Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages übernommene Verluste	-2.356.639,37	-1.042.356,82
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	168.149,75	82.891,35
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.771.491,50	-1.284.156,49
	-1.603.341,75	-1.201.265,14
Steuern von Einkommen und vom Ertrag davon Erträge aus aktiven latenten Steuern EUR 822.089,09 (Vorjahr Ertrag: EUR 769.734,42)	-900.065,71	740.769,11
10. Ergebnis nach Steuern	424.443,35	-1.443.413,21
11. sonstige Steuern	572,00	334,00
12. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	423.871,35	-1.443.747,21

## **PGNiG Supply & Trading GmbH, München**

### **Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2019**

---

#### **Allgemeine Hinweise**

Der vorliegende Jahresabschluss der PGNiG Supply & Trading GmbH, München (HRB 190424, Amtsgericht München) wurde gemäß §§ 242 ff. und §§ 264 ff. HGB sowie nach den einschlägigen Vorschriften des GmbHG aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 und 4 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, einem vertikal integrierten Energieunternehmen im Bereich Gasproduktion und Gasversorgung. Die Gesellschaft gehört somit zu einer Gruppe von Unternehmen, die im Sinne des Artikels 3 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr.139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen miteinander verbunden sind und in der Europäischen Union im Elektrizitäts- oder Gasbereich tätig sind. Die Gesellschaft ist somit ein vertikal integriertes Unternehmen im Sinne des § 3 Nr. 38 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Die Vorschriften des EnWG finden Anwendung.

Mit der 100%igen Tochtergesellschaft PST Europe Sales GmbH, München besteht ein Ergebnisabführungsvertrag. Der Vertrag gilt seit dem 1. Januar 2017 und besitzt eine Laufzeit bis zum 31.12.2022. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 5. Januar 2017.

Die Gesellschaft besitzt seit 2017 eine produktive Betriebsstätte in London, Großbritannien.

Im Geschäftsjahr 2018 eröffnete die PST in Warschau eine neue Betriebsstätte, die ihre Geschäftstätigkeit im März 2019 aufgenommen hat.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Aufstellung des Jahresabschlusses waren die nachfolgenden Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden maßgebend.

Erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge während des Geschäftsjahres erfolgen zeitanteilig. Die zugrunde gelegten Nutzungsdauern betragen 1 bis 5 Jahre.

Das **Sachanlagevermögen** ist zu Anschaffungskosten angesetzt und wird, soweit abnutzbar, nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer um planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode vermindert. Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens erfolgen zeitanteilig. Die Nutzungsdauer des Anlagevermögens liegt zwischen 3 und 23 Jahren. Geringwertige Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis zu EUR 250,00 werden im Zugangsjahr in voller Höhe bzw. bei Anschaffungskosten zwischen EUR 250,00 und EUR 1.000,00 über fünf Jahre (Pooling) abgeschrieben.

**Finanzanlagen** werden mit den Anschaffungskosten bewertet.

Bei einer dauerhaften Wertminderung des **Anlagevermögens** wird gem. § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB außerplanmäßig auf den entsprechenden niedrigeren Wert abgeschrieben.

Bei der Bilanzierung des **Vorratsvermögens** werden neben den reinen Beschaffungskosten für das eingespeicherte Gas auch die mit der Einspeicherung verbundenen Kosten berücksichtigt. Dies führt dazu, dass bei Ausspeicherung, die um die zuzurechnenden Nebenkosten erhöhten Gasbezugskosten aufwandswirksam erfasst werden. Die Bewertung erfolgt mit dem gleitenden Durchschnittswert.

**Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt; erkennbare Risiken sind durch Wertberichtigungen berücksichtigt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben bilanziert, soweit sie Aufwendungen für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

Der **Kassenbestand** und die **Guthaben bei Kreditinstituten** sind zum Nominalwert bewertet.

**Fremdwährungen** wurden mit dem Kurs am Tag des Geschäftsvorfalles umgerechnet. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände bzw. Schulden werden mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet.

Dies gilt auch für die Bilanzpositionen der ausländischen Betriebsstätte. Die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung werden dagegen mit dem durchschnittlichen Devisenkassakurs des Geschäftsjahres umgerechnet. Eine dabei entstehende Differenz wird erfolgsneutral in die Währungsumrechnungsrücklage eingestellt.

Für die Ermittlung **latenter Steuern** aufgrund von temporären Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen oder aufgrund

steuerlicher Verlustvorträge werden die Beträge der sich ergebenden Steuerbe- und -entlastung mit den unternehmensindividuellen Steuersätzen im Zeitpunkt des Abbaus der Differenzen bewertet und nicht abgezinst. Die Ermittlung latenter Steuern ergibt insgesamt eine Steuerentlastung. Das nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB bestehende Aktivierungswahlrecht für aktive latente Steuern wurde ausgeübt.

Das **gezeichnete Kapital** ist zum Nennwert angesetzt.

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind in der Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Langfristige Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem restlaufzeitadäquaten Marktzins abgezinst.

**Verbindlichkeiten** sind zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Passivseite Einnahmen bilanziert, soweit sie Erträge für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

## Erläuterungen zur Bilanz

### Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Unter den Finanzanlagen wird die PST Europe Sales GmbH ausgewiesen. Mit dieser besteht seit dem 1. Januar 2017 ein Ergebnisabführungsvertrag.

	Beteiligungs- höhe	Gezeichnetes Eigenkapital	Geschäftsjahr	Ergebnis
PST Europe Sales GmbH, München	100%	1.000.000,00	01.01.2019 - 31.12.2019	0,00

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages muss die Gesellschaft Verluste in Höhe von EUR 2.356.639,37 übernehmen.

### Vorratsvermögen

Unter dem Vorratsvermögen wird das in angemieteten Speichern eingelagerte Gas i.H.v. EUR 13.189.136,05 (Vorjahr EUR 13.208.803,75) ausgewiesen.

## Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	39.289.690,92	17.814.546,30
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	47.318.963,00	135.850.496,98
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	16.809.954,64	24.034.122,87
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	0,00	0,00
	<u>103.418.608,56</u>	<u>177.699.166,15</u>

Unter den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen werden im Geschäftsjahr 2019 nur Forderungen gegenüber Handelspartnern für die Lieferperiode Dezember 2019 ausgewiesen.

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen	32.020.649,97	120.457.896,42
PST Europe Sales GmbH, München	14.822.120,74	14.219.099,22
XOOL GmbH, München	476.192,29	1.173.501,34
	<u>47.318.963,00</u>	<u>135.850.496,98</u>

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen aus den Forderungen gegenüber der Gesellschafterin PGNiG SA., Warschau, aus dem Lieferungs- und Leistungsgeschäften. Die Forderung gegenüber der PST Europe Sales GmbH besteht im Wesentlichen aus einem Darlehen in Höhe von EUR 7.540.457,31 (Vorjahr 8.213.991,69 EUR) sowie aus Forderungen aus Lieferungs- und Leistungsgeschäften i.H.v. EUR 5.306.299,15 (Vorjahr 4.485.051,64 EUR). Die Forderungen gegenüber der XOOL enthalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.H.v. EUR 397.736,94 (Vorjahr 917.593,36 EUR). Der Rest resultiert aus dem Anteil der XOOL GmbH und der PST Europe Sales GmbH an der abzuführenden Umsatzsteuer.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten neben gezahlten Sicherheitsleistungen Margin-Zahlungen („Initial- und Variation-Margin“) für Gas- bzw. Strom-Futures für Lieferzeiträume nach dem 31. Dezember 2019 i.H.v. insgesamt EUR 10.347.266,84 (Vorjahr EUR 16.696.577,81).

### Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die flüssigen Mittel bestehen aus Bankguthaben, die in Höhe von EUR 676.900,00 (Vorjahr 2.741.460,80 EUR) einer Verfügungsbeschränkung unterliegen. Grund für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist die zurückgegangene Barhinterlegung, die nach Einstellung des zugrunde liegenden Basisgeschäftes als Sicherheit für Bankgarantien nicht mehr benötigt werden.

### Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten wird im Wesentlichen der Aufwand aus der Kaskadierung von Gas- und Strom-Futures (mit Lieferungsbeginn ab dem 1. Januar 2020) ausgewiesen. Dabei wird der Kaskadierungseffekt unabhängig davon, ob es sich um eine künftige physische Lieferung oder um einen finanziellen Close-Outs handelt, saldiert auf diesem Abgrenzungsposten ausgewiesen.

### Latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern resultieren aus folgendem Sachverhalt:

	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
Latente Steuer auf steuerliche Verlustvorträge	832.886,27	1.654.975,36
Latente Steuern aus lokalen Differenzen der Betriebsstätte in Polen	634.294,15	0,00
	<u>1.467.180,42</u>	<u>1.654.975,36</u>

Der Berechnung der latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge wurde ein Steuersatz von unverändert 32,975 % zugrunde gelegt. Auf Verlustvorträge in Höhe von insgesamt EUR 2.525.811,29 wurden latente Steueransprüche berücksichtigt. Die aktiven latenten Steuern auf die Verlustvorträge wurden unter der Annahme bilanziert, dass die Gesellschaft in Zukunft ein positives steuerliches Ergebnis erzielen wird.

Die Berechnung der latenten Steuern aus lokalen Differenzen der Betriebsstätte in Polen wurde ein Steuersatz von 19,00 % zugrunde gelegt. Die Bilanzierung erfolgte unter Annahme des temporären Ausgleichs.

In der Höhe der gebildeten aktiven latenten Steuern besteht eine Ausschüttungssperre, da zum Bilanzstichtag keine frei verfügbaren Eigenkapitalanteile vorhanden sind.

### **Gezeichnetes Kapital**

Das gezeichnete Kapital in Höhe von EUR 10.000.000,00 wird in voller Höhe von der Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen gehalten.

In Höhe der bilanzierten aktiven latenten Steuer besteht eine Ausschüttungssperre, da zum Bilanzstichtag keine frei verfügbaren Eigenkapitalanteile vorhanden sind.

### **Steuerrückstellungen**

Die ausgewiesenen Steuerrückstellungen betreffen das Geschäftsjahr 2019.

### **Sonstige Rückstellungen**

Die sonstigen Rückstellungen wurden im Wesentlichen für ausstehende Rechnungen (hier insbesondere für fehlende Abrechnungen von Gaslieferungen), für Bonus- und Urlaubsverpflichtungen aus dem Personalbereich und darüber hinaus für Jahresabschlussstellungs- und -prüfungskosten sowie für die Erstellung der Steuererklärungen gebucht.

Im Geschäftsjahr mussten Drohverlustrückstellungen für das Handelsgeschäft i.H.v. EUR 463.500,28 (Vorjahr EUR 315.840,00) gebildet werden. In Abhängigkeit von der jeweiligen Lieferperiode wurden diese entsprechend abgezinst.

## Verbindlichkeiten

Die Gliederung der Verbindlichkeiten sowie ihre Laufzeiten ergeben sich aus folgendem Verbindlichkeitspiegel:

	Gesamt Betrag EUR	Restlaufzeit bis 1 Jahr EUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	33.413.682,07 (38.769.557,98)	33.413.682,07 (38.769.557,98)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	27.677.628,63 (115.794.572,25)	27.677.628,63 (115.794.572,25)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	78.376.805,62 (26.080.106,78)	78.376.805,62 (26.080.106,78)
Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	4.897.879,47 (3.596.104,08)	4.897.879,47 (3.596.104,08)
	144.365.995,79 (184.240.341,09)	144.365.995,79 (184.240.341,09)

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen betreffen im Wesentlichen Kosten für die Energiebeschaffung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen beziehen sich u.a. auf Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsgeschäft in Höhe von EUR 4.291.447,43 (Vorjahr EUR 12.307.951,73) gegenüber der Schwestergesellschaft PGNiG Upstream SA, Stavanger, Norwegen. Gegenüber der Alleingeschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen bestand neben Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von EUR 2.616.978,38 (Vorjahr 0,00) eine Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 10.268.685,81 (Vorjahr EUR 10.028.296,81), die aus der Inanspruchnahme des Gesellschafterdarlehen (inklusive Zinsen) resultiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber der XOOOL GmbH in Höhe von EUR 7.779,56 (Vorjahr EUR 2.701.501,42) resultiert aus einem Cash-Pooling innerhalb der PST-Gruppe. Aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages werden daneben auch Verbindlichkeiten aus der Verlustübernahme PST ES in Höhe von EUR 2.356.639,37 (Vorjahr EUR 1.042.356,82) ausgewiesen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten im Wesentlichen Sicherheitsleistungen in Form von Marginverpflichtungen für Gas- bzw. Strom-Futures für Lieferzeiträume nach dem 31. Dezember 2019 i.H.v. insgesamt EUR 2.978.647,17 (Vorjahr EUR 2.837.626,11).

Unter dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten wird im Wesentlichen der Effekt aus der Kaskadierung von Gas- und Strom-Futures (mit Lieferungsbeginn ab dem 1. Januar 2019) ausgewiesen. Dabei wird der Kaskadierungseffekt unabhängig davon, ob es sich um eine künftige physische Lieferung oder um einen finanziellen Close-Out handelt, saldiert auf diesem Abgrenzungsposten ausgewiesen.

## **Eventualverbindlichkeiten**

### **Haftungsverhältnisse aus Gewährleistungsverträgen**

Zum Bilanzstichtag bestanden Haftungsverhältnisse aus Gewährleistungen in Höhe von maximal EUR 240,0 Mio. gegenüber der Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen. Der Gewährleistungsvertrag wurde am 23. Dezember 2011 vor dem Hintergrund abgeschlossen (ergänzt am 17.11.2017), dass die Alleingesellschafterin ihrerseits Garantieverträge mit externen Lieferanten der PGNiG Supply & Trading GmbH und der PST Europe Sales GmbH abgeschlossen hat, um das Risiko eines Zahlungsausfalls der Beteiligungen abzusichern. Bei Inanspruchnahme durch einen externen Lieferanten wäre die Alleingesellschafterin berechtigt, das Geld von der Tochtergesellschaft zurückzufordern. Die Gesellschaftergarantien in Höhe von maximal EUR 240,0 Mio. beziehen sich auf einzelne Transaktionen zwischen der Gesellschaft und externen Lieferanten. Jede einzelne Garantievereinbarung im Rahmen des Gewährleistungsvertrags steht unter der auflösenden Bedingung, dass die zu sichernde Forderung seitens der externen Lieferanten beglichen ist oder die Laufzeit der jeweiligen Garantie endet.

Zum Bilanzstichtag bestanden offene Verbindlichkeiten seitens der Gesellschaft gegenüber externen Lieferanten und somit Zahlungsgarantien seitens der Muttergesellschaft in Höhe von EUR 27,7 Mio., sodass eine Inanspruchnahme zum Bilanzstichtag in gleicher Höhe möglich wäre. Da die Gesellschaft mit ausreichend liquiden Mitteln ausgestattet ist und ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommt, ist eine Inanspruchnahme der Gewährleistungsverpflichtung der Muttergesellschaft durch externe Lieferanten und somit die Inanspruchnahme der Gewährleistungsverpflichtung der Gesellschaft durch die Muttergesellschaft nicht zu erwarten. Das Risiko wird als minimal eingestuft.

## Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Im Zusammenhang mit der Vermarktung von Strom bestehen zum 31. Dezember 2019 Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 0,00 (Vorjahr EUR 2.226.560,80), die durch Barhinterlegung entsprechend besichert sind. Eine Inanspruchnahme ist aufgrund der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse nicht wahrscheinlich, das Risiko ist somit gering.

## Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2019 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in folgender Höhe:

2020 EUR	2021 EUR	2022 EUR	2023 EUR	Gesamt EUR
467.914.956,45	69.782.894,32	21.990.604,96	853.052,93	560.541.508,66

Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um schwebende Gas- und Stromtermingeschäfte (Beschaffung) mit Dritten.

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Umsatzerlöse

Gründe für den Anstieg der Umsatzerlöse sind im Wesentlichen die deutliche Umsatzsteigerung der Betriebsstätte in London (gegenüber 2018 fast der 2,5-fache Umsatz), sowie die Umsätze der in 2019 neu eröffneten Betriebsstätte in Warschau.

Die Hauptaufgabe der Gesellschaft ist weiterhin die Sicherstellung der „Security of Supply“ für Polen. Die Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, ist somit weiterhin wichtigster Handelspartner. Die Umsatzerlöse verteilen sich regional bzw. auf die Rohstoffe wie folgt:

	innerhalb Deutschland EUR	außerhalb Deutschland EUR	Gesamt EUR
Umsatzerlöse (Vorjahr)	824.901.027,42 (943.851.573,85)	815.369.577,59 (544.038.109,64)	1.640.270.605,01 (1.487.889.683,49)

Die Handelsumsatzerlöse verteilen sich auf die Rohstoffe wie folgt:

	Gas EUR	Strom EUR	Erdöl EUR	Gesamt EUR
Umsatzerlöse	1.550.354.051,01	89.617.979,89	298.574,11	1.640.270.605,01
(Vorjahr)	(1.366.090.199,92)	(121.792.875,14)	(6.608,43)	(1.487.889.683,49)

### Materialaufwand

Der Posten Materialaufwand beinhaltet die Aufwendungen für Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe sowie alle bezogenen Leistungen. Analog zu den Umsatzerlösen entfällt der größte Teil dabei auf Gasbeschaffungskosten. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr korrespondiert mit der Erhöhung der Umsatzerlöse und resultiert aus einem gestiegenen Beschaffungsvolumen für die ausländischen Betriebsstätten.

### Abschreibungen

Es wurden nur planmäßige Abschreibungen auf materielle und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens getätigt.

### Sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 299.252,02; Vorjahr EUR 203.826,20), sowie Erträge aus Währungsumrechnungen, die im Geschäftsjahr 2019 EUR 244.949,50 betragen (Vorjahr EUR 103.752,75).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten solche aus Währungsumrechnungen in Höhe von EUR 345.805,75 (Vorjahr EUR 166.845,90). Im Übrigen werden unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen für Fremdleistungen, Beratungskosten sowie Aufwendungen für die Infrastruktur des Unternehmens ausgewiesen.

### Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen i.H.v. EUR 168.149,75 (Vorjahr EUR 82.891,35) sind Zinsen gegenüber der PST Europe Sales GmbH i.H.v. EUR 40.457,31 (Vorjahr 80.377,31) enthalten.

## **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen**

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Aval-Provisionen gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von insgesamt EUR 1.067.914,24 (Vorjahr EUR 980.082,73) sowie auf Zinsaufwendungen gegenüber ihr in Höhe von EUR 429.489,40 (Vorjahr EUR 9.232,95). Die Steigerung bei den Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen durch die Kosten des Cash-Poolings, das zwischen der Niederlassung in Warschau und der PGNiG SA im Geschäftsjahr eingerichtet wurde.

## **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag resultieren aus Aufwendungen aus der Auflösung latenter Steuer auf Verlustvorträge i.H.v. EUR 200.763,42 (Vorjahr Ertrag EUR 769.734,42) sowie aus der Bildung von Steuerrückstellungen (im Wesentlichen für die Niederlassung in Warschau) in Höhe von insgesamt EUR 684.235,05 (Vorjahr EUR 33.586,39).

## **Sonstige Angaben**

### **Geschäfte größeren Umfangs mit verbundenen oder assoziierten Unternehmen gemäß § 6b Abs. 2 EnWG**

Im Geschäftsjahr hat die Gesellschaft an ihre Alleingesellschafterin Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, 37.590 GWh Erdgas verkauft (leitungsgebundenes Erdgas und LNG-Gas) und damit Umsatzerlöse (inkl. Kapazitäten) in Höhe von ca. EUR 670,7 Mio. erzielt. Gegenüber ihrer Beteiligung PST ES setzte die Gesellschaft rund EUR 14,0 Mio. bzw 516 GWh (Gas und Strom) um, gegenüber der XOOOL GmbH EUR 3,0 Mio. bzw. 114 GWh (Gas).

Für die PGNiG Upstream Norway SA vermarktete die Gesellschaft die auf die Schwestergesellschaft entfallenden Anteile an dem in den norwegischen Gasfeldern Skarv, Morvin, Vale, Gina Krog produzierten Gas. Die Beschaffungskosten beliefen sich auf EUR-74 Mio. (5.281 GWh).

Es besteht ein Revolving Loan Agreement. zwischen der PST und der PGNiG SA, das eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2021 hat. Der Kredit wurde zum 31. Dezember 2019 in Höhe von EUR 10 Mio. in Anspruch genommen. Darüber hinaus sind innerhalb der PST-Gruppe wechselseitige Darlehensverträge zur Durchführung eines Cash-Poolings abgeschlossen. Die PST Europe Sales GmbH nahm in 2019 ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von EUR 7,5 Mio. in Anspruch. Für die Abwicklung mit der Clearing-Bank in Polen ist die Betriebsstätte in Warschau in einen Cash-Pool- Vertrag mit der PGNiG SA eingebunden.

### **Tätigkeitsabschluss gemäß § 6b Abs. 3 EnWG**

Im Geschäftsjahr 2019 ist die Gesellschaft anderen Tätigkeiten innerhalb des Gassektors sowie anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors nachgekommen. Die Gesellschaft führt daher für diese Tätigkeiten getrennte Konten.

### **Bewertungseinheiten**

Die Gesellschaft bildet – getrennt nach dem jeweiligen Geschäftszweck – für schwebende Geschäfte Bewertungseinheiten gemäß IDW RS ÖFA 3 in Form von Macro Hedges. Die einbezogenen Sicherungsgeschäfte dienen der Absicherung der aus Marktpreisschwankungen resultierenden Preisänderungsrisiken. Aufgrund der Kongruenz von Art, Menge und Fristigkeit von Grund- und Sicherungsgeschäften sind die Bewertungseinheiten wirksam. Die Effektivität wird im Rahmen des bestehenden Risikomanagementsystems mittels Critical-Terms-Match sowie Regressionsanalyse nachgewiesen. Ergeben sich in einer jahresbezogenen Betrachtung negative Mark-to-Market-Bewertungen für eine Bewertungseinheit, wird hierfür eine Drohverlustrückstellung gebildet. Durch die Bildung der Bewertungseinheiten werden Risiken aus der Einzelgeschäftsbetrachtung in Höhe von TEUR 148.890 abgesichert. Das Volumen der abgesicherten Grundgeschäfte beträgt TWh 24,9 und betrifft die monatlichen Abrechnungsperioden bis Ende des Jahres 2023.

### **Geschäftsführung**

Geschäftsführer der PGNiG Supply & Trading GmbH waren im Geschäftsjahr 2019:

- Herr Uwe Bode, Bankkaufmann, Baldham (bis 28. Juli 2019)
- Olgierd Hurka, Absolvent der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften mit Schwerpunkt Außenhandel an der Universität Danzig und schloss einen MBA an der Manchester Business School in Großbritannien ab, Warschau (seit 29. Juli 2019)
- Bartłomiej Korzeniewski, Absolvent der Fakultät für Mathematik, Informatik und Mechanik der Universität Warschau und promovierte am Department of Finance and Management der Warsaw School of Economics, Lipkow (seit 29. Juli 2019)

Herr Uwe Bode, Olgierd Hurka und Bartłomiej Korzeniewski sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

## **Aufsichtsrat**

Aufsichtsratsmitglieder der PGNiG Supply & Trading GmbH waren im Geschäftsjahr 2019:

- Dariusz Hryniow (Mitglied und Vorsitzender bis 30. Oktober 2019)
- Beata Stepniak
- Rafael Swiader
- Łukasz Kroplewski

## **Bezüge aktiver Organmitglieder**

Bezüglich der Gesamtbezüge für die Geschäftsführung wird von der Schutzklausel gemäß § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Bezüge in Höhe von EUR 81.279,80 (Vorjahr EUR 90.205,74).

## **Mitarbeiter**

Im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2019 wurden durchschnittlich 44 (Vorjahr: 39) Mitarbeiter beschäftigt. Die Mitarbeiter teilen sich wie folgt auf:

- Angestellte: 40
- leitende Angestellte: 4

## **Konzernverhältnisse**

Der Jahresabschluss wird in den Konzernabschluss der Polskie Górnictwo Naftowe i Gazownictwo Spółka Akcyjna, Warschau, Polen, einbezogen (größter Konsolidierungskreis). Dieser ist am Sitz der Muttergesellschaft erhältlich. Die Gesellschaft ist zur Aufstellung eines handelsrechtlichen Konzernabschlusses und Konzernlageberichts nach § 290 HGB verpflichtet (kleinster Konsolidierungskreis). In diesen Konzernabschluss werden die PST Europe Sales GmbH und die XOOOL GmbH einbezogen. Mit beiden Gesellschaften besteht eine umsatz- und ertragsteuerliche Organschaft.

## **Honorar des Abschlussprüfers**

Bezüglich des Honorars des Abschlussprüfers verweisen wir gem. § 285 Nr. 17 HGB auf die Angaben im Konzernabschluss der PST zum 31.12.2019.

## **Geschäfte mit nahestehenden Personen**

Geschäfte mit nahestehenden Personen zu nicht marktüblichen Bedingungen bestehen nicht.

## **Nachtragsbericht**

Coronavirus-Pandemie:

PST erwartet betriebliche Herausforderungen im Zusammenhang mit möglichen Krankheitsausfällen von Mitarbeitern oder der Notwendigkeit von Arbeit im Homeoffice. PST ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet und sieht kein Risiko einer Betriebsunterbrechung. Die volle Wirkung der Coronakrise wird die Nachfrage im zweiten und dritten Quartal stark beeinträchtigen und wahrscheinlich zu niedrigeren Preisen führen. Die meisten Händler arbeiten vom Home Office aus, was die Liquidität und die Anzahl der spekulativen Positionen auf dem Markt verringern wird, was wiederum zu einer höheren Volatilität und zufälligen Preisschwankungen führen könnte.

Darüber hinaus sind aber keine wesentlichen wertaufhellende bilanzierungspflichtige Vorgänge sind nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

## **Ergebnisverwendung**

Die Geschäftsführung schlägt vor, den Jahresüberschuss 2019 in Höhe von EUR 423.871,35 gemeinsam mit dem bestehenden Bilanzverlust zu verrechnen und auf neue Rechnung vorzutragen.

München, 31. März 2020

Geschäftsführung

## PGNiG Supply &amp; Trading GmbH, München

## Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2019

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Aufgelaufene Abschreibungen				Buchwerte	
	1.1.2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2019 EUR	1.1.2019 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2019 EUR	31.12.2018 EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>										
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.131.900,26	56.569,88	0,00	2.188.470,14	2.096.896,26	23.352,88	0,00	2.120.249,14	68.221,00	35.004,00
2. geleistete Anzahlungen	584.582,47	384.679,44	0,00	969.261,91	0,00	0,00	0,00	0,00	969.261,91	584.582,47
	<u>2.716.482,73</u>	<u>441.249,32</u>	<u>0,00</u>	<u>3.157.732,05</u>	<u>2.096.896,26</u>	<u>23.352,88</u>	<u>0,00</u>	<u>2.120.249,14</u>	<u>1.037.482,91</u>	<u>619.586,47</u>
<b>II. Sachanlagen</b>										
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	805.113,16	145.763,52	0,00	950.876,68	550.571,89	118.792,95	0,00	669.364,84	281.511,84	254.541,27
<b>III. Finanzanlagen</b>										
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.000.000,00	2.564.852,27	2.564.852,27	1.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.000.000,00	1.000.000,00
	<u>4.521.595,89</u>	<u>3.048.097,45</u>	<u>2.667.852,27</u>	<u>5.108.608,73</u>	<u>2.647.468,15</u>	<u>142.145,83</u>	<u>0,00</u>	<u>2.789.613,98</u>	<u>2.318.994,75</u>	<u>1.874.127,74</u>

## **Lagebericht**

**PGNiG Supply & Trading GmbH, München,**

**für das Geschäftsjahr 2019**

### **Inhaltsverzeichnis**

- I. Grundlagen der Gesellschaft**
- II. Wirtschaftsbericht**
- III. Chancen- und Risikobericht**
- IV. Prognosebericht**

#### **I. Grundlagen der Gesellschaft**

Die PGNiG Supply & Trading GmbH (im Folgenden „PST“ oder „Gesellschaft“), München, ist in der PGNiG-Gruppe die Drehscheibe des internationalen Gashandels außerhalb Polens. Alleinige Gesellschafterin der PST ist die in Polen börsennotierte Polska Górnictwo Naftowe i Gazownictwo S.A. (im Folgenden „PGNiG SA“), Warschau/Polen.

Die PST wird über ihre Geschäftsfelder gesteuert.

#### **Geschäftsbereich Trading:**

Mit ihrem Geschäft hat die PST eine wichtige Funktion im Konzern der PGNiG SA inne. Neben der Beschaffung von Erdgas für die Muttergesellschaft (die weiterhin den größten Anteil am Geschäftsvolumen der PST ausmacht) vermarktet die Gesellschaft das von ihrer norwegischen Schwestergesellschaft PGNiG Upstream Norway AS im norwegischen Schelf geförderte Erdgas.

Im Jahr 2019 hat die PST mit einem neuen Kontrahenten einen Gasverkaufsvertrag über die Abnahme der Gasproduktion aus deren Feldern auf dem norwegischen Schelf geschlossen. Um die erforderlichen Kapazitäten buchen und das Gas vom Feld zur deutschen Drehscheibe transportieren zu können, ist PST zum „Shipper“ im Norwegian Gassled System geworden. Die Abnahme begann am 1. Oktober 2019 und ist ein weiterer Schritt im Rahmen der verstärkten Aktivitäten von PST im norwegischen Schelf.

Der Handel mit Strom, Gas und Ölverträgen auf eigene Rechnung stellt einen weiteren Teil des Großhandelsgeschäfts dar.

#### Geschäftsbereich Flüssigerdgas (LNG)

Die Geschäftsstelle in London, Großbritannien, hat 2017 ihren Betrieb aufgenommen. Die Londoner Geschäftsstelle entwickelt Handelstätigkeiten auf dem globalen LNG-Markt.

#### Geschäftsbereich Polen

Darüber hinaus hat die PST 2018 eine Niederlassung in Polen gegründet, um Beziehungen zu Kunden mit großem Industriegasverbrauch und auf dem polnischen Markt aktiven Wiederverkäufern aufzubauen. Mittelfristiges Ziel ist es, aufbauend auf etablierten Beziehungen mit Niederlassungen internationaler Unternehmen PST-Angebote für Energielieferungen in Polen und europaweit zu präsentieren.

Während des Geschäftsjahres hatte die Gesellschaft eine nicht operativ tätige Niederlassung in Prag, Tschechische Republik.

Im Geschäftsjahr 2019 hat die Gesellschaft weitere Dienstleistungen innerhalb des Gas- und Stromsektors erbracht.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **1. Rahmenbedingungen**

#### **a. Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage**

##### Rückblick auf das Jahr 2019

###### *Entwicklung der Weltwirtschaft*

Das globale Wirtschaftswachstum bewegte sich laut Internationalem Währungsfonds (IWF) im vergangenen Jahr mit einem Zuwachs von 2,9 Prozent wieder auf einem hohen Niveau. Auf Jahressicht sind das dennoch rund 0,6 Prozentpunkte weniger als noch zu Beginn des Jahres prognostiziert.

Das Bruttoinlandsprodukt der USA legte im vergangenen Jahr 2019, trotz der protektionistischen US-Wirtschaftspolitik, um 2,3 Prozent zu. Die Wachstumsrate von China lag bei 6,1 Prozent.

#### *Eurozone und Deutschland*

Die Handelskonflikte mit den USA sowie Strafzölle führten im Laufe des Jahres 2019 zu einer Verlangsamung des seit Jahren stabilen Wachstums. Die Wirtschaft der Eurozone legte statt der vorhergesagten 1,6 Prozent nur um 1,2 Prozent zu.

In Deutschland führten die Abschwächung der Auslandsnachfrage, der anhaltende Fachkräftemangel und erste Unsicherheiten im Zusammenhang mit den Brexit-Verhandlungen zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Anstelle der für das Frühjahr erwarteten 1,3 Prozent wuchs Deutschlands Wirtschaft lediglich um 0,5 Prozent.

#### *Wirtschaftliche Aussichten für 2020*

##### *Entwicklung der Weltwirtschaft*

Nach der im Januar 2020 im World Economic Outlook (WEO) veröffentlichten Hochrechnung des IWF wird für die Weltwirtschaft und die wichtigsten Handelsbereiche im nächsten Jahr ein Wachstum prognostiziert, das jedoch im Vergleich zum Stand des WEO vom Oktober langsamer ausfallen dürfte. Nach den aktuellen Prognosen liegt der Überschuss der Weltwirtschaft in den Jahren 2020 und 2021 zwischen 3,3 und 3,4 Prozent. Eine weitere Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China sowie der Brexit bringen hohe wirtschaftliche und politische Risiken für das künftige Wirtschaftswachstum mit sich. Unabhängig davon wird für das US-BIP im Jahr 2020 ein Wachstum von 2,0 Prozent erwartet, während Chinas BIP im Jahr 2020 voraussichtlich um etwa 6,0 Prozent wachsen wird.

##### *Eurozone und Deutschland*

Für die Eurozone wird im Jahr 2020 ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent erwartet; dies liegt 0,1 Prozent unter den im Oktober 2019 im WEO veröffentlichten Hochrechnungen für 2020, liegt jedoch nach wie vor über den Prognosen von 2019.

Für Deutschland wird ein schwächeres, aber solides Wirtschaftswachstum erwartet. Durch ein sich abkühlendes Exportgeschäft und eine damit einhergehende schwächere Industrieproduktion nehmen die Risiken für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft zu. Trotzdem wird eine Wachstumsrate des BIP von ca. 1,1 Prozent erwartet.

### *Mögliche Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie*

Zum Zeitpunkt dieses Berichts sind die endgültigen Auswirkungen des Coronavirus auf die globale und lokale Wirtschaft nicht bekannt. Erste Prognosen gehen aber von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung aus. Die in Paris ansässige Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostiziert, dass statt eines globalen BIP-Wachstums von 2,9% vor dem Ausbruch des Virus nun mit einem Rückgang des BIP von 6,0% bzw. 7,6% zu rechnen ist, je nachdem ob ein oder zwei Infektionswellen auftreten. Für die Eurozone gehen die Experten von einem Rückgang von 9,1% bzw. 11,5% aus, während für Deutschland ein Rückgang von 6,6% bzw. 8,8% erwartet wird.

#### **b. Die Energiemärkte in der Übersicht**

##### Gasmärkte

###### *Pipelinegas*

Die erste Hälfte des Jahres 2019 war fast das genaue Gegenteil der ersten Jahreshälfte 2018. Im Jahr 2018 erlebte der Markt rekordhohe Preise durch eine Kombination aus niedrigen Speichern, kaltem Wetter und geringem LNG-Zufluss. In diesem Jahr hat das warme Wetter in Kombination mit hohen LNG-Zuflüssen und gut gefüllten Speichern die europäischen Gaspreise in einen Abwärtstrend getrieben. Insbesondere der Spotmarkt war schwach, wobei die DA-(Day-Ahead) Preise Ende Juni mit 8,70 €/MWh am TTF ein neues 10-Jahrestief erreichten.

In Asien fiel der JKM-Preis von 9,50 \$/MMBTU im November 2018 auf 4,35 \$/MMBTU an der Wende vom ersten zum zweiten Halbjahr 2019. Der Anstieg der Produktion – hauptsächlich aus den USA – und die niedrigen Preise in Asien haben den LNG-Zufluss nach Europa massiv erhöht. Darüber hinaus lag der Gasverbrauch in Europa aufgrund des warmen Winters deutlich unter dem normalen Niveau, so dass die Produzenten und Speicherbetreiber gezwungen waren, ihr Gas zu niedrigen Preisen zu verkaufen.

An der deutschen Drehscheibe GASPOOL betrug der durchschnittliche Day-Ahead-Abrechnungspreis für Erdgas im ersten Halbjahr 2019 15,93 €/MWh, verglichen mit einem Durchschnitt von 20,84 €/MWh im ersten Halbjahr 2018. Der Januar war der Monat mit den höchsten Abrechnungspreisen von durchschnittlich 21,72 €/MWh. Der niedrigste Day-Ahead-Abrechnungspreis des Jahres lag am 30. Juni bei 9,129 €/MWh, der höchste Day-Ahead-Abrechnungspreis wurde am 19. Januar mit 22,832 €/MWh festgelegt.

Der Terminmarkt befand sich bis Mitte März in einem Abwärtstrend. Der niederländische Kontrakt für das Kalenderjahr 2020 ("Cal 20 TTF") startete das Jahr mit 19,80 €/MWh und notierte Mitte März auf einem Tiefststand von 17,8 €/MWh. Danach korrigierte der Markt bis Mitte April nach oben, hauptsächlich aufgrund steigender Emissionen und Ölpreise (US/Iran-Konflikt). Cal 20 TTF erreichte am 10. April ein Hoch von 20,90 €/MWh, bevor er aufgrund deutlich niedrigerer Day-Ahead-Preise wieder fiel. Der fallende Markt hielt bis zum Ende des ersten Halbjahres 2019 an, und Cal 20 TTF erreichte am letzten Tag des Berichtszeitraums einen Tiefststand von 17,70 €/MWh.

Im zweiten Halbjahr 2019 sind die Gaspreise relativ stark gefallen. Hohe LNG-Zuflüsse in Kombination mit hohen und stabilen Strömen aus Russland und Norwegen drückten die kontinentalen Gaspreise nach unten. Gegen Ende August und Anfang September fielen die DA-Preise mehrere Tage lang unter die SRMC (Short Run Marginal Cost). Die SRMC, die für die russische Produktion auf ca. 8,00 €/MWh und für die Nordseeproduktion auf ca. 7,50 €/MWh geschätzt werden, gelten als Untergrenze für die Gaspreise. Sollten die Preise für einen längeren Zeitraum unter dieses Niveau fallen, werden die Produzenten Produktionsanlagen stilllegen.

In Asien befanden sich die JKM-Preise (Japan Korean Marker) das ganze Jahr über ebenfalls in einem Abwärtstrend. Ein milder Winter und eine hohe US-Produktion führten zu einem Rückgang der JKM-Preise von 9,05 \$/MMBTu zu Beginn des Jahres auf 4,13 \$/MMBTu Ende 2019 – ein Rückgang von mehr als 50 %. Dieser starke Rückgang lenkte immer mehr LNG nach Europa, so dass LNG mit Pipelinegas konkurrierte und somit die Preise in Europa nach unten trieb.

An der deutschen Drehscheibe GASPOOL betrug der durchschnittliche Day-Ahead-Abrechnungspreis für Erdgas im Jahr 2019 13,65 €/MWh gegenüber einem Durchschnitt von 22,80 €/MWh im Jahr 2018. Der Januar war der Monat mit den höchsten Abrechnungspreisen von durchschnittlich 21,72 €/MWh. Der niedrigste Day-Ahead-Abrechnungspreis des Jahres lag am 5. September bei 7,14 €/MWh und der höchste Day-Ahead-Abrechnungspreis wurde am 19. Januar mit 22.832 €/MWh festgelegt.

Der Terminmarkt befand sich bis Mitte März in einem rückläufigen Trend. Der niederländische Kontrakt für das Kalenderjahr 2020 ("Cal 20 TTF") startete das Jahr mit 19,80 €/MWh und notierte Mitte März auf einem Tiefststand von 17,8 €/MWh. Danach korrigierte der Markt bis Mitte April nach oben, hauptsächlich aufgrund steigender Emissionen und Ölpreise (US/Iran-Konflikt). Cal 20 TTF erreichte am 10. April ein Hoch von 20,90 €/MWh, bevor es aufgrund der niedrigeren Spotpreise wieder nach unten gezogen wurde. Der rückläufige Trend setzte sich im weiteren Verlauf des Jahres fort, wobei die

Ungewissheit über ein Gas-Transitabkommen zwischen Russland und der Ukraine eine Risikoprämie auf die Cal 20-Preise in Europa aufrechterhielt. Nachdem das Gastransitabkommen zwischen Russland und der Ukraine endgültig besiegelt wurde, schloss der Cal 20 TTF im Dezember auf einem Allzeittief von 13,134 €/MWh.

Ausblick:

Die Schlüsselfaktoren für den europäischen Erdgasmarkt im kommenden Jahr werden sein:

- Pipelineströme aus Russland und Norwegen (die russischen und norwegischen Ströme sind während des gesamten Jahres 2019 auf hohem Niveau geblieben)
- Weitere Entwicklung der Emissionspreise – Analysten prognostizieren höhere EUA-Preise in der zweiten Jahreshälfte (was zu einer höheren Gasnachfrage gegenüber der Kohleverstromung führt).
- Temperaturen/Füllgrade in kontinentalen Gasspeichern – bisher war der Winter rekordverdächtig warm, was zu geringerem Verbrauch und noch niedrigeren Preisen führt. Wenn der Rest des Winters über dem normalen Niveau bleibt, wird Europa am Ende des Winters einen massiven Speicherüberhang verzeichnen. Derzeit 216 TWh über dem Vorjahresniveau.
- Online-Verkäufe von Gazprom – Im vergangenen Monat verkaufte Gazprom 90 Millionen Kubikmeter pro Tag über ihre elektronische Verkaufsplattform. Wenn sie diese Mengen auch 2020 noch liefern, wird dies ein weiteres Zeichen der Baisse sein, da sie eine Strategie verfolgen, bei der das Volumen über dem Preis liegt. North Stream 2 wird sich voraussichtlich bis zum ersten Quartal 2021 verzögern.
- Geopolitische Spannungen (USA/Iran, USA/Russland) – grundsätzlich förderlich für die Rohstoffpreise im Allgemeinen und die Energiepreise – vor allem für Öl – im Besonderen.
- Wirtschaft – Angesichts der nachlassenden Spannungen zwischen den USA und China könnte sich die Weltwirtschaft besser entwickeln als prognostiziert, was zu einer höheren Nachfrage nach LNG, insbesondere in Asien, führen könnte.
- LNG-Zuflüsse – Geringe asiatische Nachfrage würde Europa zur Senke für atlantische LNG-Produktion machen.

- Der Anteil von Gas an der europäischen Stromerzeugung
  - Verfügbarkeit von Kernkraftwerken in Frankreich und Belgien
  - Wasserstände in den Alpen und in den Flüssen (wichtig für die Strompreise)
  - Brennstoffwechsel von kohle- auf gasbefeuerte Kraftwerke

Das Marktgleichgewicht im Jahr 2020 ist noch komfortabler als im vergangenen Jahr. Die Erdgasspeicher auf dem Festland haben für diese Jahreszeit einen rekordverdächtig hohen Füllungsgrad (216 TWh mehr Gas im Speicherjahr), und die Speicher könnten bereits Ende Juli 2020 gefüllt sein, zwei Monate früher als im Jahr 2019. Die absoluten Preisniveaus sind jedoch niedrig, was den Markt nach oben hin anfällig für ungeplante Ausfälle oder Pipelineunterbrechungen macht.

Die volle Auswirkung der Corona-Krise wird die Nachfrage im zweiten und dritten Quartal stark beeinträchtigen und wahrscheinlich zu niedrigeren Preisen führen. Die meisten Händler arbeiten bereits vom Home Office aus, was die Liquidität und die Anzahl der spekulativen Positionen auf dem Markt verringern wird, was wiederum zu höherer Volatilität und willkürlichen Preisausschlägen führen könnte.

### LNG-Märkte

LNG oder Flüssigerdgas gilt aktuell als die am schnellsten wachsende Energiequelle der Zukunft und wird eine wachsende Rolle bei der Wende hin zu einem kohlenstoffärmeren Energiesystem spielen. Der weltweite Bedarf an Flüssigerdgas (LNG) wuchs 2019 um 12,5% auf 359 Millionen Tonnen. Europa beanspruchte den Großteil des Angebotswachstums im Jahr 2019, da LNG erfolgreich gegen Pipeline-Gas konkurrierte, verbunden mit einem Anstieg der Gasnachfrage durch die Umstellung von Kohle auf Gas im Stromsektor. Asien bleibt jedoch auch in Zukunft die Wachstumsregion für LNG. Bis 2040 soll sich die LNG-Nachfrage weltweit auf 700 Millionen Tonnen verdoppeln.

Ausblick:

Die Frage, ob Flüssiggas geeignet ist, die Abhängigkeit von russischem Erdgas zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zu mindern und ob Deutschland dafür ein LNG-Terminal benötigt, bleibt derzeit noch unbeantwortet, die Diskussion über LNG-Regasifizierungsterminals hat jedoch bereits begonnen. Brunsbüttel und Wilhelmshaven gelten als die beiden favorisierten Standorte eines Terminals; das Terminal in Brunsbüttel kann bei Baubeginn im Jahr 2020 bereits 2022 in Betrieb gehen. Sowohl Bundeskanzlerin Angela

Merkel als auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier äußerten sich positiv zum Aufbau einer LNG-Infrastruktur in Deutschland.

Dank der Anforderungen der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation (IMO) zur Reduzierung der Schwefeloxidemissionen ab 2020 hat LNG das größte Potenzial im Schiffs- und Straßentransport. LNG gilt als klimafreundlichere Alternative zu Diesel. Es erfordert jedoch hohe Investitionen in die LNG-Wertschöpfungskette mit Verflüssigung, Seetransport und Regasifizierung sowie die erforderliche Infrastruktur, um LNG im Transportsektor zu etablieren.

Polen ist im vergangenen Jahr bereits einen Schritt weitergegangen und hat seine Position als europäische Drehscheibe für LNG weiter ausgebaut. Der polnische Energiekonzern PGNiG schloss mit mehreren US-Unternehmen Verträge über die Lieferung von Flüssiggas. Nach dem Auslaufen russischer Erdgas-Lieferungen im Jahr 2022 will Polen 6,7 Milliarden Kubikmeter LNG pro Jahr aus den USA kaufen. Hinzu kommen die aus Katar gelieferten LNG-Mengen. Für Polens Regasifizierungs-Terminal in Świnoujście (Swinemünde) ist eine Erweiterung auf 7,5 Milliarden Kubikmeter pro Jahr bis 2020 geplant.

Eine Reihe von Ländern, verschiedene Häfen und internationale Seeschiffahrtsorganisationen haben detaillierte Maßnahmen veröffentlicht, die eingeführt wurden, um das Risiko eines Coronavirus-Ausbruchs zu verringern, wie z.B. eine 14-tägige Quarantänezeit für Spediteure vor dem Einlaufen in den Hafen, Temperaturmessungen oder unterbrochene Seeverbindungen von Wuhan aus. Der Nachfragerückgang in China zu Beginn des Jahres, dem am schnellsten wachsenden Markt für LNG-Importe, hatte erhebliche Auswirkungen auf den Markt, was zu rekordverdächtig niedrigen asiatischen Spot-LNG-Preisen LNG-AS von 2,70 \$/MMBTu im Februar 2020 führte. Die Auswirkungen der Corona-Krise sind noch unbekannt, für die kommenden Monate sind jedoch eine weitere Verringerung des Umfangs der Geschäfte und zusätzliche Einschränkungen vorgesehen.

### Strommarkt

Der letzte Abrechnungspreis für Cal 19 Grundlast betrug 54,44 €/MWh am 28. Dezember 2018. Im Jahresdurchschnitt lag der Spotpreis jedoch bei 37,66 €/MWh. Gründe für die ganzjährig tiefen Preise waren der warme Winter, die vermehrte Nutzung von Kernenergie sowie ein verbesserter Wasserhaushalt in den Alpen.

Der höchste Spotpreis lag am 24. Januar 2019 bei 85,80 €/MWh, der niedrigste bei - 42,24 €/MWh am 8. Juni 2019.

Ausblick:

Die Aussichten für das nächste Jahr sind aufgrund der Corona-Krise und der schwachen Wirtschaftsaussichten pessimistisch. Darüber hinaus ist die Wasserbilanz nach wie vor gut, und die industrielle Nachfrage wird für das kommende Jahr gering sein.

### **c. Rechtlicher Rahmen**

Im Vergleich zum Vorjahr 2018 blieben die energierechtlichen Rahmenbedingungen im Wesentlichen unverändert. Allerdings wird die Einführung der elektronischen Marktkommunikation im Jahr 2020 (kurz: "MaKo 2020") große Auswirkungen auf den Stromsektor haben. Die neuen Regelungen zur Marktkommunikation sind am 1. Dezember 2019 in Kraft getreten. Mit der Verordnung wird das 2016 in Kraft getretene Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende, insbesondere das Gesetz zum Messstellenbetrieb, umgesetzt.

## **2. Geschäftsverlauf**

Unser Energiehandel hat sich im vergangenen Jahr darauf konzentriert, die Grundlagen für einen Ausbau und eine weitergehende Diversifikation unserer Handelsaktivitäten in Europa zu legen. Insbesondere unsere Positionierung im europäischen LNG-Handel konnten wir erfolgreich ausbauen. Darüber hinaus stellt die neue PST-Niederlassung in Polen einen weiteren Schritt hin zur Festigung der PST als Handelspartner für die polnischen und ausländischen Auftragnehmer dar.

### Die Entwicklung im Geschäftsfeld Energiehandel

#### *Pipeline-Gas*

Im Erdgashandel haben wir unsere Aktivitäten im Jahr 2019 deutlich ausgebaut. Das gilt für die gehandelten beziehungsweise gelieferten Erdgasmengen als auch für die Zahl unserer Handelspartner.

Unter anderem haben wir die nach Polen gelieferten Erdgasmengen auf hohem Niveau stabilisiert. Die Lieferungen nach Polen werden wir bereits im Winter 2019/2020 weiter ausbauen und so maßgeblich zur Versorgungssicherheit unseres Nachbarlandes beitragen.

Wir sind weiterhin dabei, unser Netzwerk an Handelspartnern im Bereich der Stadtwerke und Weiterverteiler auf dem deutschen Energiemarkt auszubauen.

Auf der Gasbezugsseite können wir neben den Großhandelsmärkten und Rohstoffbörsen auch auf Gasmengen aus den vier norwegischen Feldern zurückgreifen, an denen unsere polnische Schwestergesellschaft PGNiG Upstream Norway SA beteiligt ist. Darüber hinaus beziehen wir ab 2019 Gas von einem neuen Kontrahenten, der auf dem norwegischen Schelf operiert.

Im Jahr 2019 haben wir angefangen, auch den französischen Markt zu erschließen und erste Handelspartnerschaften vereinbart. Frankreich ist für uns ein möglicher Schlüsselmarkt für den europäischen LNG-Handel. Insbesondere die Option, LNG zu regasifizieren und im französischen Markt zu platzieren, ist eine für uns interessante Handlungsmöglichkeit.

#### *LNG-Handel*

Der Handel mit LNG hat sich im zurückliegenden Jahr positiv entwickelt. Durch unsere Handelsniederlassung in London konnten wir sowohl die Anzahl an Kontrakten als auch das Handelsvolumen vergrößern. Bereits Ende 2017 haben wir einen seit Beginn des Geschäftsjahres 2018 laufenden, fünfjährigen Liefervertrag mit dem britischen Unternehmen Centrica abgeschlossen. Mit den vereinbarten Lieferungen, die im Wesentlichen aus den USA stammen, konnten wir die LNG-Mengen im Vergleich zu 2017 bereits deutlich ausbauen.

Außerdem haben wir 2019 unsere LNG-Spotlieferungen nach Polen erheblich erhöht. Wir haben damit bewiesen, dass wir effizient und angemessen auf Bewegungen, auch am internationalen LNG-Markt, reagieren können.

2018 haben wir begonnen, den finanziellen Handel mit Gas-Termingeschäften am Henry Hub aufzubauen. Der Henry Hub ist ein wichtiger Erdgashandelsplatz der USA, auf dessen Preisbasis auch LNG gehandelt wird. Darüber hinaus hat die PST im Jahr 2019 ein Heads-of-Agreement (HoA) mit der PGNiG S.A. unterzeichnet, um die langfristigen LNG-Verträge, die PGNiG mit in den USA ansässigen Kontrahenten abgeschlossen hat, zu verwalten und zu optimieren. Diese Verträge sind FOB-basiert ("Free-on-Board"-Verladung in der Verflüssigungsanlage in den USA) und die ersten Lieferungen sollen ab Ende 2022 erfolgen. Um ihren Verpflichtungen aus dem unterzeichneten HoA nachzukommen, hat die PST eine Ausschreibung für das Chartern der ersten beiden LNG-

Schiffe eingeleitet, um LNG-Mengen abholen und transportieren zu können. Die Ausschreibung sollte Ende des 2. Quartals 2020 abgeschlossen sein.

### *Stromhandel*

Die Stromhandelsaktivitäten basieren auf einer risikoaversen Beschaffungsstrategie. Eigenhandel betreiben wir nur in begrenztem Umfang; bei der Beschaffung konzentrieren wir uns auf die für unsere Handelspartner benötigten Mengen und unsere eigenen Vertriebsaktivitäten.

Dazu beschaffen wir in der Regel solche Mengen, die mittelfristig gedeckt werden können. Es ist nicht unser Ziel, ein langfristiges Portfolio aufzubauen, das bestimmten Risiken unterliegt.

### Personalentwicklung

Trotz des angestoßenen Wachstums mussten wir 2019 aufgrund von Automatisierungen und optimierten Prozessen unseren Personalstamm nicht signifikant ausbauen. Ein Teil der Tätigkeiten ist an externe Dienstleister ausgelagert.

Es ist unser Anspruch, engagierte Mitarbeiter, unter anderem mit Fort- und Weiterbildungen, zu fördern, um sie in die Lage zu versetzen, mehr Verantwortung zu übernehmen.

## **3. Geografische Tätigkeitsgebiete**

Die **PST** ist hauptsächlich mit Gas- und Stromprodukten im europäischen Energiegroßhandel tätig. Die Londoner Niederlassung der PST ist auf dem globalen LNG-Markt tätig. Die Zweigstelle in Warschau beliefert große Industriekunden in Polen.

## **4. Leistungsindikatoren**

### **a.) Finanzielle Leistungsindikatoren**

Als zentrale Leistungsindikatoren verwendet der Konzern Indikatoren wie z.B. Umsatzerlöse, Kosten und EBIT oder die Anzahl von Kunden (unterteilt in Gas- und Stromkunden). Diese Leistungsindikatoren sind Gegenstand eines regelmäßigen Berichtswesens und werden an die Geschäftsführung bzw. an die Gesellschafterin gemeldet. Das für das jeweilige Geschäftsjahr verabschiedete Budget bildet die Grundlage für die Geschäftsaktivitäten.

**b.) Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Umwelt- und klimafreundliche Organisation

PST und ihre Vertriebstöchter PST Europe Sales GmbH („PST ES“) sowie XOOOL GmbH arbeiten seit Herbst 2015 emissionsneutral, d.h. dass wir uns nach Ermittlung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, die durch die organisatorischen Aktivitäten der PST-Gruppe im Jahr 2019 verursacht werden, so aufgestellt haben, dass der organisatorische Betrieb emissionsneutral durchgeführt wird.

Ökologische und klimaneutrale Produkte für SLP-Kunden

Auch für unsere Produkte ist uns Nachhaltigkeit, Emissionsneutralität und damit Klimaschutz wichtig. Daher vertreiben wir über unsere Tochter PST Europe Sales GmbH ausschließlich vom TÜV Nord zertifizierten Ökostrom und bieten unseren Kunden klimaneutrales Erdgas an.

Mitarbeiter

Wir haben qualifizierte und motivierte Mitarbeiter und tun viel dafür, dass dies auch in der Zukunft so bleibt. Seit Beginn der Geschäftstätigkeit ist Vielfalt in der Belegschaft ein wichtiges Ziel, daher setzt sich unsere Belegschaft auch aus Mitarbeitern unterschiedlicher Herkunft zusammen.

Unser Anliegen ist, dass sich Mitarbeiter weiterentwickeln. Für unsere Mitarbeiter bieten wir deshalb zielgerichtete Weiterbildungsmaßnahmen an.

Zum Ende des Berichtszeitraums sind 44 Mitarbeiter bei uns beschäftigt gewesen.

## 5. Darstellung der Lage

### Finanzlage-Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01 – 31.12.2019

	2019	2018
	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (Vorjahr Fehlbetrag)	424	-1.444
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen von Wertgegenständen des Anlagevermögens	142	106
+/- sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	228	-760
+/- Erhöhung/Verminderung der Rückstellungen ohne Steuerrückstellungen	11.080	665
-/+ Erhöhung/Verminderung der Vorräte	20	-10.286
-/+ Erhöhung/Verminderung der Forderungen LuL	-21.475	-6.601
-/+ Erhöhung/Verminderung der Forderungen gegen verbundene Unternehmen	89.205	-80.510
-/+ Erhöhung/Verminderung der sonstigen Vermögensgegenstände ohne Forderungen, Einkommensteuern, inkl. Rechnungsabgrenzungsposten	2.564	-2.654
+/- Erhöhung/Verminderung der Verbindlichkeiten LuL	-88.117	78.245
+/- Erhöhung/Verminderung der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-6.539	2.568
+/- Erhöhung/Verminderung der sonstigen Verbindlichkeiten	1.301	-6.168
+/- Erhöhung/Verminderung der Rechnungsabgrenzungsposten	-11.561	6.586
+/- Zinsaufwendungen/Zinseinkünfte	1.603	1.201
+/- Einkommensteueraufwendungen/-erträge	-25	-913
<b>= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>-21.149</b>	<b>-19.966</b>
- Zahlungen für Investitionen in immaterielle Vermögenswerte	-441	-619
- Zahlungen für Investitionen in materielle Vermögenswerte	-145	-160
+ Zahlungen aufgrund von Geldanlagen aufgrund kurzfristiger Kassenführung	-674	9.320
+ Erhaltene Zinsen	168	83
<b>= Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-1.092</b>	<b>8.624</b>
+ Zahlungen aus Kreditinanspruchnahmen	-5.356	9.850
+ Zahlungen aus Cash-Pool-Nutzung der PGNiG	58.836	0
+ Zahlungen aus dem revolving Darlehen der PGNiG	0	10.008
- Gezahlte Zinsen	-1.771	-1.284
<b>= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>51.708</b>	<b>18.574</b>
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds</b>	29.468	7.232
+ Finanzmittelfonds zu Beginn der Periode	9.160	1.928
<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>38.628</b>	<b>9.160</b>

Der Jahresabschluss für das Jahr 2019 enthält eine neue Methode zur Darstellung des Cashflows. Seit 2019 enthält der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit keine Änderungen der zusätzlichen Finanzierung durch die PGNiG-Gruppe in Form eines revolvingierenden Darlehens oder eines Cash-Pool-Kontos mehr. Die oben genannten Positionen werden zusammen mit der Änderung der Nutzung von Bankkreditlinien und Zinsen aus allen Finanzierungsquellen im Cashflow aus Finanzierungstätigkeiten dargestellt. Um vergleichbare Daten für die vorangegangene Periode von 2018 berichten zu können, wurde die Darstellung der Daten für dieses Jahr entsprechend angepasst.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit für zwölf Monate in 2019 verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Millionen EUR, was auf den Nettoeffekt niedrigerer Forderungen gegenüber der PGNiG-Gruppe zum Jahresende und einen höheren Anteil der zum Jahresende an der Börse gekauften Volumina zurückzuführen ist.

Der deutliche Rückgang des Cashflows aus Investitionstätigkeit gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der 2018 erhaltenen Teilrückzahlung des Gesellschafterdarlehens an die PST ES in 2018 von 9,4 Mio. EUR. Der Saldo des Darlehens reduzierte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nur geringfügig um 0,7 Mio. EUR.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeiten ist um 33,1 Millionen EUR höher, was auf eine zusätzliche Finanzierungsquelle aus dem Cash-Pool-Konto der Gruppe zurückzuführen ist, das zur Deckung von Warenbeschaffungen an der Börse und neuen Tätigkeiten der PST-Niederlassung in Polen verwendet wird.

Der um 29,5 Millionen EUR höhere Kassenbestand ist vor allem auf die Zunahme von Bargeld zurückzuführen, das als Sicherheit für in Polen getätigte Devisentransaktionen gesperrt wurde. Dieser Betrag entspricht einem erhöhten Finanzierungs-Cashflow.

**Vermögenslage zum 31. Dezember 2019**

	<b>31.12.2019</b>	<b>31.12.2018</b>
	TEUR	TEUR
<b>AKTIVA</b>	<b>165.839,2</b>	<b>205.754,3</b>
Anlagevermögen	2.319,0	1.874,1
Umlaufvermögen	155.235,4	200.067,9
aktive Rechnungsabgrenzungsposten	6.817,6	2.157,3
aktive latente Steuern	1.467,2	1.655,0
<b>EIGENKAPITAL UND VERBINDLICHKEITEN</b>	<b>165.839,2</b>	<b>205.754,3</b>
Eigenkapital	7.332,5	6.874,8
Rückstellungen	12.945,4	1.890,0
Verbindlichkeiten	144.366,0	184.240,3
passive Rechnungsabgrenzungsposten	1.188,4	12.749,2
passive latente Steuern	6,9	0,0

Die Bilanzsumme reduzierte sich um 19,4 % von 205,8 Mio. EUR i zum 31. Dezember 2018 auf den 165,8 Mio zum 31. Dezember 2019. EUR. Dabei beläuft sich der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen auf 93,6 Prozent zum 31. Dezember 2019 (Vorjahr 97,2 Prozent). Die Änderung beruht im Wesentlichen auf zwei Faktoren, der Senkung der Energiepreise im Handelssektor zum Jahresende und dem erhöhten Mengenumsatz. Während sich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Dritten von 17,8 Mio. EUR zum Geschäftsjahresende 2018 auf 39,3 Mio. EUR im laufenden Geschäftsjahr erhöht haben, gingen die ausgewiesenen Forderungen gegenüber der PGNiG-Gruppe deutlich von 135,9 Mio. EUR auf 47,3 Mio. EUR zurück. Die Gesellschafterdarlehen an die PST ES reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. EUR. Die verbleibenden Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich von 7,2 Mio. EUR im Vorjahr auf 7,8 Mio. EUR zum 31. Dezember 2019.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen von 26,1 Mio. EUR im Vorjahr auf derzeit 78,4 Mio. EUR aufgrund einer zusätzlichen Finanzierung in Form eines Cash-Pools mit der PGNiG SA zur Finanzierung der Entwicklung der Aktivitäten in Polen. Im Gegensatz zum Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber der PGNiG-Gruppe sanken die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber fremden Unternehmen im Geschäftsjahr 2019 um 76,1 Prozent auf 27,7 Mio. EUR. Neben den gesunkenen Rohstoffpreisen ist dies insbesondere auf den deutlich höheren Anteil der börsengekauften Volumina für den Lieferzeitraum Dezember 2019 gegenüber Dezember 2018 zurückzuführen, der sofortige Zahlungen erfordert.

Zusätzliche Investitionen und Abschreibungen hatten keinen signifikanten Einfluss auf das Anlagevermögen. Das Anlagevermögen verzeichnete einen Anstieg von 0,4 Mio. EUR auf 2,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert in erster Linie aus planmäßigen Zugängen im Anlagevermögen.

Im Vergleich zum 31. Dezember 2018 verzeichneten die bilanziellen Rückstellungen einen Anstieg (12,9 Mio. EUR im Vergleich zu 1,9 Mio. EUR im Vorjahr). Die Eigenkapitalquote stieg von 3,3 Prozent (Vorjahr 2018) auf 4,4 Prozent im Geschäftsjahr. Aufgrund des seit 2017 bestehenden Ergebnisabführungsvertrags musste die Gesellschaft die auf Ebene der PST ES entstandenen Verluste übernehmen; das Geschäftsjahr brachte trotzdem einen Gewinn. Dementsprechend sanken die aktiven latenten Steuern um 0,2 Mio. EUR auf derzeit 1,5 Mio. EUR.

Der PST-Gruppe stehen zwei Bankkreditlinien zur Verfügung und die Gesellschaft kann darüber hinaus auf eine Darlehenslinie der PGNiG SA zur Finanzierung ihrer Geschäfte zurückgreifen. Aufgrund des bedeutenden Anteils der Beschaffungen über die Energiebörsen gegenüber den OTC-Beschaffungen (Over-the-Counter) erhöhte sich der Kapitalbedarf aufgrund von Initial- und Variation-Margin-Zahlungen. Die Kreditlinien wurden gegenüber 2018 um 13,8 Prozent weniger in Anspruch genommen und liegen nun insgesamt bei 33,4 Mio. EUR Auslastung. Das revolving Darlehen der PGNiG SA besteht unverändert mit 10,0 Millionen EUR wie bereits 2018. Zur Finanzierung der wachsenden Geschäftstätigkeit der PST-Niederlassung in Polen, insbesondere des Kaufs von Rohstoffen an der polnischen Strombörse (TGE) und den damit zusammenhängenden Marginzahlungsanforderungen, unterzeichnete das Unternehmen eine Vereinbarung über eine flexible Finanzierungsform mit PGNiG SA und ist dem Cash-Pool der Gruppe beigetreten. Darüber hinaus stellt die PGNiG SA die für die Transaktionen des Konzerns und zur Absicherung von Bankkrediten erforderlichen Sicherheiten in Form von Zahlungsgarantien zur Verfügung. Die Liquidität der PST-Gruppe ist gesichert.

**Ertragslage – Finanzielle Leistungsindikatoren**

	<b>2019</b>	<b>2018</b>
	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	1.640.271	1.487.890
Kosten (saldiert mit sonstigen Erträgen)	1.634.986	1.487.834
EBIT	5.284	56

Die Umsatzerlöse der PST bestehen aus Gas-, Strom- und Ölverkäufen aus dem Geschäftsbereich Trading. Neben den Beschaffungskosten für die Rohstoffe, die zu den Umsatzerlösen korrelieren, werden unter den Materialaufwendungen auch Kapazitätskosten für Gaslieferungen nach Polen sowie Ausgleichsenergiekosten ausgewiesen.

Der Anstieg der Handelsumsätze ist auf einen höheren Umfang der Geschäftstätigkeit im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Vorjahr zurückzuführen, so dass der Gesamtumsatz um 10,2 Prozent gestiegen ist. Der Anstieg der Einnahmen ist auf größere Verkaufsmengen zurückzuführen; er wurde jedoch durch den Rückgang der Energiepreise im Vergleich zum Vorjahr kompensiert. Darüber hinaus lagen die realisierten Volumina im Handel deutlich über dem Plan. Insgesamt lagen die realisierten Umsatzerlöse mit TEUR 1.640.271 trotz höherer Verkaufsmengen deutlich unter den Planwerten für das Jahr 2019 (TEUR 2.199.505 – TEUR 2.688.284).

Die Kosten des letzten Jahres haben sich entsprechend entwickelt. Statt der geplanten Kosten in Höhe von TEUR 2.198.352 – TEUR 2.686.284 belaufen sich die Kosten im Jahr 2019 auf TEUR 1.634.986. Der Anstieg der Umsatzerlöse war höher als der Anstieg der Kosten, was zu dem positiven Ergebnis für das Geschäftsjahr 2019 führt.

**III. Chancen- und Risikobericht**

Die Überwachung und die Steuerung von Chancen und Risiken sind integraler Bestandteil der Unternehmensführung der PST.

Der PST wurde ein Risikorahmen in Form von Limiten, insbesondere Stop-Loss-Limiten, vorgegeben; innerhalb dieser Limite erfolgt das Risikomanagementsystem der Gesellschaft.

## 1. Risikobericht

### a. Definition der Risiken

Die Gesellschaft verfolgt im Rahmen des Risikomanagements kontinuierlich und systematisch die Chancen und Risiken sowie die Entwicklung der Geschäfte. Die nachstehenden Risiken sind nach der höchsten Eintrittswahrscheinlichkeit aufgeführt. Eine Aussage über die damit verbundene Höhe des Risikos (einzeln bzw. kumuliert) ist damit aber nicht verbunden. Aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit in den jeweiligen Geschäftsfeldern überwacht und steuert die PST folgende Risiken:

- Operationelle Risiken
- Marktpreisrisiken
- Adressenausfall- / Kreditrisiken
- Liquiditätsrisiken

#### Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen durch organisatorische, prozessuale, technische oder personelle Unzulänglichkeiten oder durch ungünstige externe Einflüsse. So können Risiken aus fehlerhaften Prozessen bestehende Kontrollen oder zu treffende Entscheidungen im Unternehmen beeinträchtigen, die dann einen gewissen Mehraufwand oder erhöhte Kosten nach sich ziehen.

Durch die Implementierung geeigneter Prozesse bzw. Automatisierung von Prozessen, Redundanzen sowie des 4-Augen-Prinzip steuert die Gesellschaft diesen operationellen Risiken wirksam entgegen. Für potentielle IT-Risiken besteht ein IT-Notfallkonzept.

Das Management der operationellen Risiken wird in den folgenden Jahren von den Ergebnissen des implementierten Risikomanagementprozesses (Ereignisaufzeichnung, Lernprozess, Key-Risk-Indicators etc.) profitieren.

#### Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken entstehen dadurch, dass der Marktpreis vom Vertragspreis für das jeweilige Produkt im Laufe der Zeit abweicht. Marktpreisänderungen resultieren primär aus Schwankungen in Angebot und Nachfrage, beispielsweise als Folge von Temperaturänderungen oder Lieferengpässen.

Im Hinblick auf die Messung, Überwachung und Steuerung der daraus resultierenden Risiken ist ein konsistentes Risikomanagement erforderlich. Hierfür werden Handelspositionen im Handelssystem erfasst und mit aktuellen Marktparametern bewertet. Als Steuerung gegen Marktpreisrisiken werden sowohl mengen-, als auch verlustbezogene Limite auf Buch- und Strategieebene angewendet. Marktgerechtigkeitsprüfungen werden für alle Geschäfte durchgeführt. Daneben erfolgt eine wesentliche Begrenzung des Marktpreisrisikos durch eine Back-to-Back-Strategie, die für die Mehrheit der Handelsgeschäfte anzuwenden ist. Mit diesen Maßnahmen sind die Marktpreisrisiken für die Gesellschaft beherrschbar. Für die bilanzielle Abbildung dieser Geschäfte nutzt man Makro-Hedges über die unterschiedlichen Commodities.

#### Adressenausfall- / Kreditrisiken

Ausfall- oder Kreditrisiken entstehen aus der Nichtliefer- bzw. Nichtabnahmefähigkeit oder Nichtzahlungsfähigkeit eines Handels- bzw. Geschäftspartners. Das Adressenausfallrisiko wird handelstäglich durch Zusammenfassung bestehender Forderungen und potenzieller Ansprüche nach Berücksichtigung von erhaltenen Barsicherheiten bzw. Bankgarantien und Nettingmöglichkeiten pro Handelspartner (= Exposure) ermittelt.

Das Kreditrisikomanagement umfasst im Wesentlichen:

- Kreditrisikobewertung
- Kreditgrenzen Überwachung
- Sicherheitenmanagement

Die Handelsgeschäfte werden auf Basis standardisierter Rahmenverträge abgeschlossen. Aufgrund einer Bonitätsbeurteilung potenzieller Handelspartner wird über deren Kreditwürdigkeit und gegebenenfalls über das maximal zulässige Kreditlimit entschieden. Die Ausnutzung der Limits wird im handelstäglich publizierten Risikobericht veröffentlicht und steht der Geschäftsführung zur Verfügung. Darin werden auch künftige Limitauslastungen beobachtet und bei Bedarf werden Geschäfte mit betroffenen Handelspartnern limitiert. Weiterhin erfolgen eine turnusmäßige Bonitätsüberwachung bestehender Handelspartner und eine Überprüfung eingeräumter Limite. Diese vom Risikomanagement implementierten Maßnahmen begrenzen damit das Risiko erheblich.

### Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko besteht darin, Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachkommen zu können bzw. über keine ausreichenden Refinanzierungsmöglichkeiten zu verfügen.

Das Liquiditätsrisikomanagement besteht aus:

- Liquiditäts-Budgetierung und -Controlling
- Management bzw. Abstimmung von Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen eines Standardprozesses
- Externe Finanzierung und Liquiditätssicherung, wie in IV. „Darstellung der Lage“ beschrieben.

Zur Ermittlung des kurzfristigen Liquiditätsbedarfs werden (wesentliche) künftige Liquiditätsflüsse erfasst und daraus der Finanzierungsbedarf ermittelt. Hierüber wird regelmäßig berichtet. Daneben wurde ein mittelfristiges Liquiditätsbedarfs-Reporting installiert, das den Liquiditätsbedarf der Gesellschaft auch für neu zu entwickelnde Geschäftsfelder ermittelt. Die Liquiditätsanalyse und -steuerung liegt im Verantwortungsbereich des Bereichs Finance der PST. Mit diesen Maßnahmen werden diese Risiken nahezu vermieden.

### Rechtliche und regulatorische Risiken

Rechtliche Risiken können im Zusammenhang mit rechtlichen Verfahren, unvorteilhaften oder nicht durchsetzbaren Verträgen sowie Compliance eintreten. Diese Risiken werden minimiert, indem die Rechtsabteilung rechtliche Verfahren steuert und Verträge entsprechend verhandelt und verfasst. Wir verfügen darüber hinaus über ein Compliance-Management, das dazu dient, Compliance-Verstöße zu vermeiden. Regulatorische Risiken können durch Änderungen des regulatorischen und gesetzlichen Rahmens entstehen. Die Rechtsabteilung beobachtet Änderungen des regulatorischen und gesetzlichen Rahmens für das Geschäft des PST-Teilkonzerns und sorgt frühzeitig dafür, dass bei entsprechenden Änderungen die erforderlichen Maßnahmen eingeführt und umgesetzt werden.

#### **b. Organisation des Risikomanagements**

Bei der PST ist ein zweistufiges Risikomanagement implementiert. Während das operative Risikomanagement (d.h. die fortlaufende Beobachtung, Überwachung und Berichterstattung der Geschäftsentwicklung der Gesellschaft) Aufgabe des Risikomanagements

gements ist, ist die Aufgabe des internen Risikokomitees, neben der Risikosteuerung Chancen und Risiken bei der Einführung neuer Produkte bzw. bei Eintritt in neue Märkte zu beurteilen. Dieses Gremium besteht aus der Geschäftsführung und den Bereichsleitern. Neben der Markt- und Produktfreigabe entscheidet das Risikokomitee auch über den Abschluss wesentlicher Geschäfte mit bereits genehmigten Produkten in genehmigten Märkten.

### **c. Prozess des Risikomanagements**

Dieser Prozess umfasst die Erkennung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken sowie deren Berichterstattung. Bei der Bewertung von Risiken sowie zur Risikosteuerung werden durch die Gesellschaft branchenübliche Basis-Verfahren (Stop-loss-Limit, Open-position-Limit sowie Credit exposure) eingesetzt. Die Risiken werden täglich erfasst und nach einheitlichen Kriterien bewertet und berichtet.

Grundlage für das risikobewusste Handeln der Gesellschaft bilden die Risikorichtlinie („Risk Policy“), die fortlaufend aktualisiert wird. Die Geschäftsführung wird auf handeltäglicher Basis durch Risikoberichte über die aktuelle Risiken- und Chancensituation informiert, deren Basisdaten direkt aus dem Handelssystem kommen. Die im Handelssystem enthaltenen Risikomessverfahren sind Basisverfahren, die stetig weiterentwickelt werden. Diese täglichen Basisdaten werden aufbereitet, und mittels wöchentlicher und monatlicher Berichte direkt an das Risikokomitee der PGNiG SA berichtet. In besonderen Fällen werden die Geschäftsführung oder das Risikokomitee unmittelbar unterrichtet, die wiederum den Aufsichtsrat direkt benachrichtigen.

Das Risikomanagementsystem und die dazugehörigen Prozesse werden laufend weiterentwickelt, um dem in den vergangenen Jahren deutlich gewachsenen Geschäft und den regulatorischen Anforderungen gerecht zu werden. Die Implementierung von formalisierten und anspruchsvollen Lösungen soll dem zunehmend komplexen Geschäft und dem weiteren organischen Wachstum der Gesellschaft Rechnung tragen.

### **d. Gesamtaussage zur Risikosituation**

Nach bestem Wissen sind der Geschäftsführung keine Einzelrisiken bzw. kein Gesamtrisiko bekannt, das für das Unternehmen zukünftig bestandsgefährdend bzw. mit einem erheblichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verbunden ist. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich keine wesentlichen Änderungen an der Risikosituation.

## **2. Chancenbericht**

Die Bewertung von Chancen ist Teil des bei der PST eingerichteten Risikomanagementsystems (Organisation und Prozesse).

### **a. Definition der Chancen**

Entsprechend den definierten Risiken der Gesellschaft ergeben sich für die PST folgende Chancen (die Reihenfolge ergibt sich aus dem Grad der Beeinflussbarkeit):

#### Operationelle Chancen

Gerade in Zeiten, in denen Energieversorger aufgrund eines zu aggressiven bzw. nicht nachhaltigen Geschäftsmodells in Verbindung mit der Marktpreisentwicklung Insolvenz anmelden mussten, bietet die Zugehörigkeit zu einem etablierten europäischen Energiekonzern, dessen Wurzeln über 150 Jahren alt sind, eine solide Basis, zu der Kunden Vertrauen fassen können. Bei der strategischen Aufstellung bzw. Ausrichtung des PGNiG-Konzerns wird die PST insbesondere bei den Handelsaktivitäten eine immer größere Rolle spielen. Neben der Vermarktung von Erdgas aus Norwegen auf dem deutschen bzw. mitteleuropäischen Markt sind hierunter auch Aktivitäten auf dem internationalen LNG-Markt zu verstehen.

Schlanke Strukturen und effiziente Prozesse in Verbindung mit dem Know-how und der langjährigen Branchenerfahrung ihrer Mitarbeiter werden der Gesellschaft helfen, sich für den künftigen Wettbewerb optimal zu positionieren.

#### Liquiditätschancen

Die Finanzkraft und die Bonität der Muttergesellschaft PGNiG SA ermöglicht, insbesondere durch die Bereitstellung der erforderlichen Sicherheiten, die sowohl für die externe Unternehmensfinanzierung als auch zur Absicherung von Handelsgeschäften verwendet werden können, den zügigen Aufbau des Geschäftes.

#### Marktpreischancen

Insbesondere die Tatsache, dass die Gesellschaft erst seit etwas über acht Jahren auf dem deutschen und europäischen Energiemarkt operativ tätig ist, bietet die Chance – ohne die Abhängigkeit von Langfristverträgen, die in der Vergangenheit geschlossen wurden –, von den Preisentwicklungen auf den relevanten Energiemärkten durch

entsprechende Beschaffungsstrategien bzw. durch die Entwicklung von geeigneten Produkten sowie Dienstleistungen zu profitieren.

#### **b. Gesamtaussage zur Chancensituation**

Das Unternehmen sieht sich aufgrund der soliden Basis für die Zukunft wettbewerbsfähig und gut positioniert. Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich keine wesentlichen Änderungen an der Chancensituation.

### **IV. Prognosebericht**

#### Ausblick und Prognose für das Jahr 2020

Als PGNIG Supply & Trading GmbH werden wir im laufenden Jahr die erreichte Position als renommierter, auf dem europäischen Markt etablierter Händler für Erdgas und LNG festigen und ausbauen.

Auch wenn der LNG-Markt in den letzten beiden Jahren deutlich gewachsen ist und in den Folgejahren weiterwachsen wird, wird pipelinegebundenes Erdgas weiter eine herausragende Rolle in der Energieversorgung spielen, sowohl bei der Stromproduktion als auch im Wärmemarkt.

Überdies haben wir eine Shipper-Lizenz für die norwegischen Erdgasfelder erhalten, die es uns ermöglicht, zusätzliche Mengen von norwegischen Produzenten zu erwerben und diese optimal im europäischen Erdgasmarkt zu platzieren.

Unser in den vergangenen Jahren aufgebautes Know-how im LNG-Handel ist für uns Basis eines zweiten, langfristig ausgelegten Handelsstandbeins. Wir gehen davon aus, dass der Anteil von LNG an der europäischen Gasversorgung langfristig spürbar steigen wird. Unser Ziel ist, uns als etablierter LNG-Händler in Europa zu positionieren.

Wir werden in Zukunft neue Märkte für Erdgas und LNG erschließen. Dabei behalten wir den bisherigen Fokus auf osteuropäische Länder, insbesondere Polen und die Ukraine, bei und erschließen – so wie in Frankreich – gleichzeitig neue Märkte. Die Handelsbereitschaft am slowakischen Hub ist erreicht, und es werden derzeit Rahmenverträge mit Kontrahenten in der Region ausgehandelt. Die PST erhielt 2019 eine Handelslizenz in Ungarn und führte eine Testtransaktion am Hub durch. Aufgrund regulatorischer Änderungen muss die Clearinghaus-Mitgliedschaft erreicht werden, bevor weitere Schritte

geändert werden können. Dies ist bis Mai 2020 geplant. Der Abschluss einer Mitgliedschaft bei CEEGEX ist für den gleichen Zeitraum geplant.

Die polnische Niederlassung der PST hat im März 2019 mit der Lieferung von Gas an Industriekunden in Polen begonnen. Der Prozess der Übertragung von Kunden von PGNiG SA OOH an die polnische Niederlassung wurde mit der Übertragung des letzten Kunden im Januar 2020 abgeschlossen. Darüber hinaus hat die Niederlassung unabhängig davon mehrere neue Kunden gewonnen. Im Jahr 2020 wird die Niederlassung das ganze Jahr über mit deutlich höheren Liefermengen arbeiten.

Um unsere Prozesse entsprechend den im Energiehandel gestiegenen Anforderungen weiterzuentwickeln und um LNG sowie Erdgas über ein System handeln zu können, werden wir im Jahr 2020 ein neues Energiehandels- und Risikosystem implementieren. Die Vorbereitungen dazu starteten bereits im November 2018.

2019 hat unsere IT das ISO 27001-Zertifizierungsverfahren begonnen. Mit einem entsprechend zertifizierten Informationssicherheits-Managementsystem (ISMS) möchten wir auch gegenüber unseren Kunden ein Zeichen für die Sicherheit unserer Informationen, Daten und Systeme im Energiehandel und Vertrieb setzen. Wir gehen davon aus, dass das Zertifizierungsverfahren im zweiten Halbjahr 2020 abgeschlossen sein wird.

#### Mögliche Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Geschäfte der PST in 2020

Nach der Prüfung der Geschäftstätigkeiten der PST sehen wir zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts keine direkten Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der PST. Wir erwarten jedoch, dass PST durch den allgemeinen wirtschaftlichen Abschwung beeinflusst werden wird.

Die PST erwartet einige betriebliche Herausforderungen im Zusammenhang mit möglichen krankheitsbedingten Fehlzeiten von Mitarbeitern oder der Notwendigkeit von Fernarbeit. Die PST ist auf diese Herausforderungen gut vorbereitet; wir sehen kein Risiko einer Betriebsunterbrechung.

Zusammenfassung

Wir sehen die PGNiG Supply & Trading mit ihrem Strom-, Erdgas- und LNG-Handel gut für die anstehenden Herausforderungen aufgestellt. Dieses gilt besonders für den LNG-Handel, der auf einem globalen Markt agiert. Im Handelsbereich werden wir auch weiterhin die verschiedenen Handlungsoptionen unter risikominimierenden Gesichtspunkten bewerten und entsprechend agieren.

Für das Jahr 2020 rechnen wir mit einem positiven Unternehmensergebnis.

Die untenstehende Tabelle zeigt die für 2020 geplanten wirtschaftlichen Leistungskennzahlen der PST:

		2020
Umsatzerlöse	Mio. EUR	1.638,2 - 2.002,2
Kosten (saldiert mit sonstigen Erträgen)	Mio. EUR	1.635,8 - 1.999,3
EBIT	Mio. EUR	2,4 - 2,9

München, 31. März 2020

Die Geschäftsführung

# Allgemeine Auftragsbedingungen

## für

### Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2017

DokID:

#### 1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

#### 2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

#### 3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

#### 4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

#### 5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

#### 6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

#### 7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

#### 8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

#### 9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

## 10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsaufwertigungen. Weitere Aufwertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

## 11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

## 12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

## 13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

## 14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

## 15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Abweichend vom Wortlaut der AAB gilt hinsichtlich der Nr. 9 (2) bis einschließlich Nr. 9 (6), dass die dort vorgesehenen Haftungsbeschränkungen nicht für grob fahrlässig verursachte Schadensfälle Anwendung finden.

Februar 2017